

INDUSTRIEARBEITERSCHAFT IN DER TSCHECHOSLOWAKEI IN DEN FÜNFZIGER UND SECHZIGER JAHREN: FORSCHUNGSPROBLEME, METHODEN, VERGLEICHSPERSPEKTIVEN

Im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Tschechoslowakische Sozialgeschichte 1948–1989. Industriearbeiterschaft und Genossenschaftsbauern“ fand am 3. und 4. Juli 1999 im Collegium Carolinum ein Workshop zum Thema „Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei in den fünfziger und sechziger Jahren: Forschungsprobleme, Methoden, Vergleichsperspektiven“ statt. Teilnehmer des Workshops waren: Dušan Janák, (Slezský ústav, Opava), Friederike Sattler (Forschungsverbund SED-Staat, Berlin), Steffen H. Elsner (Technische Universität Dresden), Christoph Boyer, Peter Skyba (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden), Jaromír Dittman-Balcar, Dieter Süß (Institut für Zeitgeschichte, München), Christiane Brenner, Michaela Marek, Robert Luft und Peter Heumos (Collegium Carolinum, München).

Im einleitenden Referat zur „Entwicklung der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei zwischen 1945 und 1968“, das Ergebnisse vorstellte und konzeptionelle Fragen anschnitt, befaßte sich Peter Heumos vor allem mit der Sozialstruktur der tschechoslowakischen Industriearbeiterschaft (starker agrarischer Nexus, vermittelt durch den Typus des „kovorolník“), dem Fortwirken ihrer Traditionen unter dem kommunistischen Regime nach 1948, betrieblichen Verhaltensweisen und den zumal während des ersten Fünfjahresplans (1948–1953) vergleichsweise häufigen kurzfristigen Arbeitsniederlegungen und Streiks. In der Diskussion wurde vergleichend auf die bayerischen Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg und die auch dort auftretende Mischform des „Arbeiterbauern“ hingewiesen, der – offenbar im

Gegensatz zur Tschechoslowakei – eine eher konservative politische Einstellung besaß. Aus der Sicht der DDR-Forschung wurde festgestellt, daß das „Unterlaufen“ des sozialistischen Wettbewerbs – in der Tschechoslowakei besonders in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in vielfältiger Form zu beobachten – auch zum Verhaltensrepertoire der Industriearbeiter im SED-Staat gehörte. Betriebliches und Organisationsverhalten (Gewerkschaften) der Industriearbeiter in beiden Ländern zeigten generell, daß weder der Produktionsapparat noch die Gewerkschaften über einen effektiven Mechanismus zur Sicherstellung systemkonformer Leistungsbereitschaft verfügten, sieht man von den anfänglichen Phasen brachialer Strategien ab.

Dušan Janák erläuterte in seinem Referat „Zur Struktur der tschechoslowakischen Einheitsgewerkschaft in der Phase der ‚Normalisierung‘“ den organisatorischen Aufbau, die Zuständigkeitsbereiche und die Funktionsweise des ROH (revoluční odborové hnutí) zwischen 1969 und 1989. Seine organisatorische Verfassung beruhte auch in diesem Zeitraum auf der seit 1945 etablierten Doppelkonstruktion zweier ineinandergeschobener Machtpyramiden mit unterschiedlichem realen Einfluß, deren Spitzen einerseits der Zentralrat der Gewerkschaften (ÚRO), andererseits der Zentralausschuß der jeweiligen Branchengewerkschaft (ÚV OS) bildeten. Janáks These vom kontinuierlichen Machtverfall der Gewerkschaften in der Periode 1969 – 1989 rief in der Diskussion die Frage hervor, warum die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften nach 1969 angesichts dieser Machteinbußen doch keineswegs rückläufig gewesen sei. Es bestand Einigkeit darin, daß die stabile Mitgliederentwicklung nicht allein aus dem sozialpolitischen Angebot der Gewerkschaften erklärt werden könne.

Steffen H. Elsner referierte über „Das Eingabewesen in der DDR“ als „weicher“ Stabilisator im Herrschaftsgefüge der DDR und entwarf ein (vor-)theoretisches Konzept des Eingabewesens als Bestandteil eines nichtöffentlichen Kommunikations- und Interaktionsnetzes; er wies dabei besonders auf die Diagnose-, Integrations-, Thematisierungs-, Kontroll- und Responsivitätssicherungsfunktion des Eingabewesens hin. In der Diskussion wurde der Vergleich zur Tschechoslowakei gezogen, wo dem Eingabewesen die „stížnosti“ (Beschwerden) an die Kontrollkommission der Kommunistischen Partei entsprachen. Offensichtlich war das Eingabewesen in der DDR weitaus besser organisiert als das Beschwerdeverfahren in der ČSR/ČSSR, das andererseits quantitativ erhebliche Dimensionen erreichte (so wurden etwa 1963 rund 250000 Beschwerden an die Kontrollkommission registriert). In welchem Ausmaß das Eingabewesen in der DDR in der Tat die Funktion eines „weichen“ Stabilisators der SED-Herrschaft erfüllte, läßt sich vorerst offenbar nur tentativ beantworten und hängt unter anderem von detaillierten Untersuchungen darüber ab, ob und in welchem Ausmaß etwa die Sozial- und Wirtschaftspolitik des politischen Systems in ihren jeweiligen konkreten Zielsetzungen nachweisbaren Massierungen der Eingaben folgte oder nicht und damit in der Tat legitimitätssichernde Responsivität bereitstellte.

Von allen Teilnehmern des Workshops wurde positiv vermerkt, daß das Programm nicht mit Referaten überfrachtet worden war und daher genügend Zeit für intensive Diskussionen ließ. Die Vergleichsperspektive zwischen der Tschechoslowakei, der DDR und der frühen Nachkriegsgeschichte der BRD ergab viele weiter-

führende Hinweise und Anregungen und könnte bei künftigen Veranstaltungen durch von vornherein gesetzte integrierende Fragestellungen noch ausgiebiger genutzt werden.

München

Peter Heumos